

selbst nachfolgen. Die Habitaten waren somit Thoren, wenn sie zu irgend einer politischen Neugestaltung Deutschlands, die nicht ihren Plänen entspricht, mitwirken wollten.“

Wieder eine andere Stimme in der „Weser-Zeitung“ meint einen Gesichtspunkt gefunden zu haben, der die Demokraten doch bestimmen möchte, an den Wahlen für Erfurt Theil zu nehmen. Es ist von dem Interim die Rede.

Die Stimme in der „Weser-Zeitung“ — ein „Offener Brief eines sächsischen an einen hannoverschen Abgeordneten“ — meint, es sei leicht vorauszu sehen, was kommen muß. „Oesterreich, das ist bekannt, strebt zum alten Bundestage zurück. Das Interim soll die Brücke dazu werden. Oesterreich wird darauf hinarbeiten, das Interim soviel möglich zum Mittelpunkte gewisser einheitlicher Interessen Deutschlands, besonders der materiellen und militärischen zu machen, um so das Bedürfnis und den Grund für Bildung eines anderen Einheitspunktes zu beseitigen. Die renitenten Königreiche werden es darin unterstützen; Preußen wird auf die Länge diesen mit einem gewissen Schein der Berechtigung auftretenden Forderungen sich nicht entziehen können, wenn es denselben nicht etwas Positives und Besseres entgegenzusetzen hat; man wird, um dem österreichischen Einfluß nicht den Platz zu räumen, am Ende wohl oder übel die Hand zum gemeinsamen Handeln bieten müssen. Unterdessen wird die kaum besiegte stoßpreussische reaktionäre Partei in Berlin ihr Haupt wieder erheben, wird das Ohr des Königs gewinnen, und — mit dem Bundesstaat, dem Parlament, der freihheitlichen Entwicklung Deutschlands ist's dann, wer weiß auf wie lange, vorbei! Kommt dagegen der Bundesstaat rasch zu Stande, treten Hannover und Sachsen ihm noch bei und beschicken den Reichstag, so wird dieser Bundesstaat, als das Lebenskräftigere und Volkthümlichere, alle Einheitsfreibungen der Nation an sich ziehen; Baiern und Württemberg werden, wenn auch noch eine Zeit lang widersirebend, zuletzt doch sich ihm anschließen müssen, wie dies ja selbst Herr v. d. Pfordten in einer seiner Noten an den Fürsten Schwarzenberg unumwunden ausgesprochen hat. Dann wird dieser, das ganze nichtösterreichische Deutschland umfassende Bundesstaat wirklich in die Stelle des „deutschen Reiches“ einrücken, das man zu Frankfurt gründen wollte, wird den alten Staatenbund sowohl faktisch als rechtlich absorbiren, und Oesterreich wird es selbst gerathener finden, statt der fruchtlosen Berufung auf die inhaltleeren Formen eines erstorbenen Bundesrechts mit dem staatlich geeinten Deutschland eine lebensfähige Union zu beiderseitigem Nutzen und Frommen einzugehen. Das lauende Gespenst eines neuen Bundestages aber wird in Nichts versinken vor dem lebensfrischen Odem eines auf der Theilnahme des Volks ruhenden nationalen Gemeinwesens.“

Diese Alternative, von der der Schreiber des Briefes sich so großen Eindruck auf die Demokraten verspricht, enthält nun einmal nichts Neues; es ist die Einbildung der Gagernschen Partei, daß der Einkönigsverein der Anfang und Weg zum Bundesstaat werden könne.

Allein, wie wir oft bemerkt haben, ist der Einkönigsverein seinem absolutistischen Ursprung, seiner hinterhältigen Anlage, seiner dynastischen und freiheitsfeindlichen Tendenz nach so wenig Anfang und Weg zu einem parlamentarischen Bundesstaat, als der Vereinigte Landtag Anfang und Weg zu einer parlamenta-

tionsoberfassung hat jetzt unglücklich begonnen.

Die Schwierigkeiten seien so groß und so mannigfaltig, daß sogar die Ansicht laut geworden sei, man müsse sich vorläufig darauf beschränken, die Dreikönigsverfassung dem Grundsätze nach festzustellen und die Ausführung derselben auf günstigere Zeiten verschieben.“

Nach dieser Mittheilung eines Mitgliedes des Verwaltungsraths hat sich der Ein-Königs-Verein selbst so gut wie aufgegeben.

Die zuletzt erwähnte Ansicht giebt ihn kurzweg auf.

Die als unabweislich dargestellte Nothwendigkeit aber, ein Provisorium festzustellen, mithin etwas Neues, einen engeren Bund herzustellen, dem der bisherige engere Bund als zunächst zu Erreichendes, der deutsche Bundesstaat aber als ein darüber weit hinaus Liegendes erscheint, ist denn doch auch nichts Anderes als ein Aufgeben dessen, was der Zweck des Bundes vom 26. Mai sein sollte.

Der Reichstag — wie Herr Liebe ihn noch nennt — darf in keinem Falle an der Drei-Königsverfassung etwas ändern — er darf nichts thun, als zu dem Willen des preussischen Kabinetts Ja sagen.

Das ist kein Anfang zu einer parlamentarischen Regierung, daß das, was das Parlament dabei heißen darf, nicht wollen darf, was es will, sondern wollen muß, was das Kabinet will.

Danach ist es doch wohl klar, daß Preußen, d. h. die jetzige preussische Regierung, dem Interim nichts Positives und Besseres entgegenzusetzen hat, und mit dem österreichischen Kabinet Hand in Hand wieder hineinsteuert in den stehenden Sumpf des alten Bundes.

## 1850 Deutschland.

○ Königsberg, 5. Januar. Die Agitation für die Wahlen zum Erfurter Vereinstage hat denn auch in den letzten Tagen des vergangenen Jahres bei uns begonnen. Des Herrn v. Auerwald Ministerialrath Prof. Rosenfranz hat gesprochen, auch Simson, der weiland Frankfurter Parlaments-Präsident, auch Schubert, Geheimer Rath, Statistiker, Professor und ehemaliges Mitglied der Frankfurter National-Versammlung. — Da wars denn nicht zu verwundern, daß ein Wahlverein für den Erfurter Reichstag glücklich zu Stande kam. Es fehlt unserer Stadt nicht an jenen, wenn auch spärlich gezählten, sentimentalpolitischen Seelen, die unser deutsches Vaterland auf dem Wege ruhiger Besprechung, gewissermaßen nach sokratischer Methode, durch „Verständigung“ mit den Dynasten einig, frei und glücklich machen wollen. Sie vermeinen das erschütternde Drama der Revolution wie ein Kokebuesches Schauspiel, so etwa wie „Menschenhaß und Neue“ zu Ende führen zu können. Am Schlusse sinkt sich Alles gerührt und versöhnt in die Arme, das Publikum schluchzt, der Vorhang fällt und — Deutschland ist gerettet. — Wo könnte dieses gemüthliche Schauspiel wohl besser ausgeführt werden, als in Erfurt, jenem bekannten politischen Liebhabertheater, auf dem im Jahre 1808 unsre deutschen Fürsten die bekannte Kongreßkomödie Napoleon zu Ehren auführten? — Welche andere Auctoritäten als die genannten, könnten unsern weichherzigen Constitutionell-Conservativen eine solidere Garantie dafür bieten, daß in Erfurt der Konflikt zwischen dem deutschen

2  
drei übrigen Fakultäten schweben in nicht geringer Angst vor dem Damoklesschwert der Presse, das über ihrem Haupte hängt. Denn sonderbarer Weise hat hier Niemand mehr Angst und Abscheu vor einer publizistischen Besprechung seiner öffentlichen Wirksamkeit, als gerade die Männer der sogenannten „freien“ Wissenschaft. — Freilich sind sie durch die bequeme Nichtbeachtung von Seiten der Presse, in welcher sie bisher harmlos im hergebrachten Berufsständrian leben konnten, etwas gar zu sehr verwöhnt worden. Diese kritische Revue, welche auch das Interesse des auswärtigen, intelligenten Publikums verdient, wird schwerlich von dem Kultusministerium ignoriert werden können.

**Dresden, 7. Januar.** In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer wurde unter anderm der Vorbericht des zweiten Ausschusses bezüglich der unterm 3. November an die Kammern sub A. B. C. D. gelangten Gesetzentwürfe, einige Abänderungen in der Verfassung der Gemeinden und des Heimathgesetzes, so wie die definitive Feststellung einiger nur provisorisch getroffener Bestimmungen, die Abänderung in der Verfassungsurkunde und die Wahl der Landtagsabgeordneten betreffend, verlesen. Der Ausschuss hatte mit Recht die „einigen Abänderungen“ bedenklich gefunden, zumal gerade diejenigen Abänderungen der zeitherigen Gemeinde-Verfassung, welche die Gemeinden sehnlich erwarten und eine größere Selbstständigkeit derselben begründen sollen, in der Gesetzentwürfe unberücksichtigt geblieben seien. Die Regierung hatte eine Erklärung darüber, ob sie noch auf diesem Landtage eine neue Gemeindeordnung vorlegen können, nicht abgegeben, aber eine solche in Aussicht gestellt. Der Ausschuss beantragt daher: die Kammer wolle genehmigen, daß bis nach Eingang der in Aussicht gestellten Erklärung der Staatsregierung der Berichterstattung über die Gesetzentwürfe A. Anstand gegeben, inzwischen aber derselbe Theil derselben, welcher sich auf Zuziehung zeither erimirter Grundstücke zu Gemeindebezirken bezieht, und die Frage, ob eine allgemeine Gemeindeordnung vor einer besonderen Städteordnung und Landgemeindeordnung den Vorzug verdiene, vom Ausschusse in Berathung genommen und hierüber der Kammer Bericht erstattet werde. — Die Kammer nahm den Ausschussantrag gegen 6 Stimmen (der äußersten Linken) an.

**Altenburg, 2. Jan.** Die Besetzung Altenburgs durch Reichstruppen wird morgen ihr Ende erreichen, indem an diesem Tage die Preußen das Land verlassen. Dem Vernehmen nach werden sie zu einer mobilen Kolonne in der Nähe Leipzigs stoßen. (Dr. J.)

**S\* Hannover, 7. Januar.** Was in den Herzen Aller lebt, muß sich Luft machen. Die heutige Sitzung der 2. Kammer währte 5 volle Stunden, allein an eine Abstimmung war nicht zu denken, weil auch bei der vorgerihten Zeit noch verschiedene Mitglieder zu sprechen wünschten. Zuerst schiedte Gotha einen seiner zähesten Genossen, den Amts-Assessor Groß von Leer in Ostfriesland ins Treffen. Derselbe hielt als ächter Gothaer eine lange Rede zu Gunsten des Dreikönigebündnisses, oder richtiger jetzt des engeren Bundesstaates mit Preußen an der Spitze, unterwarf das spätere Verfahren der Regierung in der deutschen Sache einer scharfen Beurtheilung, hob die Verdienste Preußens hervor, berief sich auf die für Preußen günstige Kriegslage, und stellte am Schluß den Antrag

er von sich setzen zu, dergleichen entspricht. Nicht minder traten seine großdeutschen Sympathien in seiner Rede stark hervor, und vielleicht war grade der Theil, wo er von der Nothwendigkeit der fortdauernden Verbindung Oesterreichs mit dem übrigen Deutschland sprach, der gelungenste. Für die unglücklichste Verfassung hielt er aus bekannten Gründen den Bundesstaat, in welchem Einer der Staaten in überwiegendem Grade vorherrschte. Die Aufgabe der vier mittleren Staaten, die noch auf eigenen Füßen zu stehen vermöchten, erblickte er möglichen Bestrebungen der beiden deutschen Großmächte gegenüber, in der treuen Bewahrung des bestehenden verfassungsmäßigen Zustandes. In Beziehung auf die Frankfurter Versammlung sprach er in einem sehr versöhnlichen Sinne und wünschte nur, daß die bittere Stimmung, welche bei Anderen noch aus Beziehungen zu Frankfurt herrühre, nach und nach schwinden möchte.

Der Sinn der Rede war demnach: in Rücksicht auf die volksthümlichen Bestrebungen möge man der Regierung freie Hand lassen, sie in ihrer freien Thätigkeit (richtiger Unthätigkeit) nicht beschränken, und etwaigen Hegemonie-Gelüsten gegenüber werde die Regierung das Bundesrecht geltend machen.

Für die Zuhörer gereichte es einigermaßen zur Erquickung, als nach diesen immerhin gründlichen staatsmännischen Auseinandersetzungen deren Ziel doch stets das Grab aller Volkswünsche ist, Verding sich erhob, die Volks-Souveränität und ihr Werk, die Reichs-Verfassung, pries und in dem treuen Herzen des Volks allein die Zukunft der deutschen Sache gesichert fand. Da endlich erschollen Bravorufe von der dicht besetzten Gallerie.

## Italien.

**Rom, 29. December.** Die Regierungskommission hat den Beamten im Kriegs- und Marineministerium ihr Weihnachtsgeschenk gemacht. Außer den schon längst abgesetzten und vertriebenen Erz-Republikanern erscheint nun eine Liste neuer Absetzungen, die gemäßigte oder konstitutionelle Partei betreffend. Von diesen sind nun in den verschiedenen Reihen der Angestellten sechzehn abgesetzt ohne Ruhegehalt, sechs in Ruhestand versetzt, sieben in Disponibilität ohne Gehalt, und achtzehn um einen oder zwei Grad heruntersetzt, d. h. sie verlieren ihre jetzige Stelle und müssen eine niedrigere annehmen oder ab danken. Vierundachtzig Offiziere, die unter der Republik gedient, sind des Landes verwiesen, und die meisten von diesen galten während der Republik für päpstlich gesinnt, obgleich sie ihre Stellen zu theilweis fort-gefahren, und das ist eben die Ursache, warum sie heute entsetzt und verwiesen sind. Täglich werden noch Leute von Rom weggeschickt, die zwar aus der Provinz gebürtig, aber seit 8, 10, 12 und mehr Jahren in Rom ansässig sind, und gesetzmäßig das Bürgerrecht erworben haben. Alle diese werden durch diese Ausweisungen in ihren Interessen wesentlich beeinträchtigt, da sie hier entweder eine Profession ausüben oder einen Handel treiben, aber darauf wird nicht die geringste Rücksicht genommen. Und unter diesen Leuten ist kein Republikaner! Es sind solche, welche ihre Freude laut aussprachen als Pius der IX. den Weg der Reformen einschlug, welche dem heiligen Vater von Herzen zugethan sind, vor der Revolution Abscheu hatten, und hofften auf friedlichem Wege würde es der Nation gelingen, diejenigen Freiheiten zu erlangen, welche für ihr Wohl nothwendig, mit den Rechten der Kirche verträglich, und den billigen Forderungen entsprechend sind. Es